

Vom Regime-Change zur Zerstückelung der Länder: NATO zielt auf Chinas Neue Seidenstraße

10 Okt. 2022 16:21 Uhr

Bei den jüngsten Unruhen in Iran hat der Westen in seiner Berichterstattung separatistische Aktivisten aufgewertet. Lawrow warf unlängst den USA auch die Absicht der Zerstückelung Russlands vor. Das Afghanistan-Debakel und der Syrien-Konflikt haben bewiesen, dass die Strategie des Regimewechsels krachend gescheitert ist. Nun zielt die NATO auf Zerstückelung der Staaten in Asien, um die Neue Seidenstraße Chinas zu verhindern.



Quelle: AFP

Randalierer in Teheran am 8. Oktober 2022

Eine Analyse von Seyed Alireza Mousavi

Auf dem jüngsten Gipfeltreffens der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) rief Chinas Präsident Xi Jinping die Mitgliedstaaten der Gruppe dazu auf, sich gegenseitig in der Abwehr gegen den Einfluss ausländischer Mächte zu unterstützen. Dabei spielte er auf die Farben-Revolutionen an, die durch den Westen immer wieder angezettelt werden könnten. Da der chinesische Staatschef die Aussicht auf große Risiken in der nahen Zukunft erkenne, kündigte er an, sein Land werde in den kommenden fünf Jahren eine Ausbildungsstätte mit Schwerpunkt Terrorismus-Bekämpfung einrichten und 2.000 Sicherheitsbeamte aus den SOZ-Ländern ausbilden.

Seine Äußerungen kamen wie gerufen, denn innerhalb weniger Stunden nach seiner Rede gingen Horden wutschnaubender Demonstranten in Teheran und anderen Städten Irans auf die Straßen und

verübten Gewalt und Vandalismus. Der tragische Tod einer 22-jährigen Iranerin namens Mahsa Amini löste in Iran in den vergangenen Wochen eine Welle von Protesten aus, die aufgrund der orchestrierten Kampagne des Westens in Bezug auf den Vorfall in kurzer Zeit in Unruhen und Gewalt eines Mobs umschlugen. Die westlichen Medien haben in den letzten Wochen versucht, wegen der kurdischen Herkunft der Getöteten in ihrer Berichterstattung separatistische Aktivisten in Iran aufzuwerten. Das ist insofern kein Zufall, als dass sich in den vergangenen Tagen in den Grenzprovinzen "Kurdistan" und "Sistan und Belutschistan" ein gewaltiger Vandalismus durch bewaffnete kurdische Milizen und Islamistische Terrorgruppen entfaltete. Die bewaffneten Islamisten ("Jaish ul-Adl"), die letzte Woche vergeblich versuchten, drei Polizeidienststellen in der Stadt Zahedan in der Provinz "Sistan und Belutschistan" zu stürmen, wurden in westlichen "Qualitätsmedien" als friedliche Demonstranten dargestellt, auf die die Polizei das Feuer eröffnet hätte.

Die Berichterstattung des Westens über jüngste Unruhen in der iranischen Stadt Zahedan erinnert viele Beobachter an die Lage in Syrien, als westliche Leitmedien die bewaffneten Terrorgruppen als "Oppositionelle" bezeichnet hatten. Die sogenannte syrische "Opposition" war von Anfang an ein inhomogenes Gebilde aus ethnisch orientierten Einheiten – wie etwa Kurden – und zahlreichen islamistischen Organisationen, deren erklärtes Ziel die Errichtung eines islamistischen Terrorstaates war.

Die Übernahme Afghanistans durch die Taliban nach 20 Jahren NATO-Invasion und der Syrien-Konflikt haben aber bewiesen, dass die westliche Strategie eines provozierten Regimewechsels krachend gescheitert ist. Die NATO zielt seit dem Rückzug der US-Truppen aus dem Nahen Osten jetzt stärker auf die Zerschlagung der Staaten in Asien ab, indem sie etwa "ethnische Konflikte" innerhalb der Staaten anzuzetteln versucht. Damit will die NATO offenbar auch die Errichtung einer neuen Seidenstraße durch China und die zunehmende Integration asiatischer Staaten abwenden. Aus diesem Grund sind die jüngsten Unruhen in Iran Teil einer breit angelegten hybriden Kriegsführung der NATO gegen die zunehmende asiatische Integration. Während der diesjährigen UN-Generaldebatte warf kürzlich der russische Außenminister Lawrow den westlichen Staaten vor, Russland "zerstückeln" zu wollen.

Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums sagte am Wochenende, Peking sei gegen "illegale" Sanktionen, die die USA gegen Iran verhängt haben, und zwar nun auch unter dem Vorwand der anhaltenden Unruhen in dem Land. "Wir sind gegen das Anzetteln von Farben-Revolutionen in Ländern im Namen von Demokratie und Menschenrechten", so die Sprecherin Mao Ning. Insofern ist festzustellen, dass durch ein destabilisiertes Afghanistan und den Sturz Irans in ethnische Konflikte chinesische Transportkorridore zwischen Asien und Europa nicht zustande kommen könnten und damit Frieden und Wohlstand in der Region dann ein ferner Traum bleiben würden.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.